



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Nieders: Die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach dem Friedensschluß

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

nationalen korporativ unterbauten Gesamtkultur durchringen, die aus der bunten Vielfalt deutscher Stammescharaktere lebendige schöpferische Kräfte entbindet. Wir sollen uns von der kulturellen Vormundschaft des Staates befreien. Was soll dies gebrochene Reich, das seine zerrüttete Verwaltung aus kleinsten Zellen neu-erbauen muß, jener Hälfte unserer Nation, die in fremder Staatlichkeit gebunden ist? Dies Reich wird noch auf lange hin an innerer Verbekraft einblühen. Die Anziehungs- und Bindekraft der Nation aber wird wachsen, je mehr sie bürokratische Fesseln abstreift und inneres stämmlich freies Leben gewinnt.

In Elsaß-Lothringen wohnen Alemannen und Franken. Staatlich-neudeutsch sind das versunkene geschichtlich gewordene Gestalten. In ihren Dialekten, in ihren Sitten, in der Sprache ihres Blutes sind sie noch immer lebendig. Aus diesen Kräften müssen wir Kultur und kulturellen Lebenswillen holen. Das Blut des deutschen Volkes, das im Dienste des Reiches sieglos vergossen wurde, muß wieder zu reden beginnen. Auf diese Stimme wird deutsches Volk aufhören, wohin immer es durch politische Schicksale verschlagen ist. Volk muß wieder Leib werden. Leib ist Wille. Und Wille ist Zukunft.

Glaube an die Bindekraft von Volkstum und Sprache: darin liegt heute mehr als je die elsass-lothringische Lehre beschlossen.



Die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach dem Friedensschluß*)

Von Geh. Reg.-Rat Dr. Nieders (Berlin)

Am Baum der Menschheit drängt sich Blüt' an Blüte,
Nach ew'gen Regeln wiegen sie sich drauf,
Wenn hier die eine matt und welk verglühte,
Springt dort die andre voll und prächtig auf.
Ein ewig Kommen und ein ewig Gehen,
Und nie und nimmer träger Stillestand!
Wir seh'n sie auf, wir seh'n sie niederwehen
Und jede Blüte ist ein Volk, ein Land!
Wir seh'n sie auf, wir seh'n sie niederwehen
Und ihre Lose ruh'n in Gottes Hand!



it diesen Worten beginnt und schließt Ferdinand Freiligrath im Jahre 1844 ein Gedicht an Deutschland. Das dichterische Bild dieser Strophe spiegelt auch das Geschick unseres Vaterlandes wieder. Im Auf und Ab des Völkergeschehens ist Deutschland durch den Krieg und seine Folgen von einer bisher unerreichten politischen und wirtschaftlichen Höhe herabgestürzt und auf einem Tiefstand angekommen, den noch vor wenigen Jahren niemand im In- und Auslande für möglich gehalten hätte. Es

*) Vortrag gehalten am 21. Oktober 1920 in Düsseldorf auf dem VII. Landeskirchlichen sozialen Kursus.

ist hier nicht der Ort, die politischen, persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gründe zu erörtern, die an diesem Zusammenbruch die Schuld tragen. Im gegenwärtigen Augenblick handelt es sich darum, diesen Zusammenbruch als gegeben anzuerkennen und Klarheit darüber zu gewinnen, was ist. Nüchterne Betrachtung der eigenen Lage ist die erste Vorbedingung zum Wiederaufstieg.

Politik und Wirtschaft lassen sich nie ganz trennen. Die Faktoren, welche beide bestimmen, bedingen und durchdringen sich gegenseitig. So haben auch in früheren Kriegen wirtschaftliche Momente sowohl bei ihrem Ursprung mitgewirkt wie auf den Ausgang Einfluß gewonnen. Der Krieg aber, der jetzt hinter uns liegt, und dessen ein Ergebnis ein Frieden ist, den man mit *Clémenceau*, dem früheren Ministerpräsidenten der französischen Republik, als „eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“ bezeichnen kann, hat wirtschaftliche Ursachen und Folgen wie noch kein Krieg zuvor, soweit wir die Weltgeschichte zurückverfolgen können.

Bismarck hat etwa ein Menschenalter vor dem Kriege Deutschland ein „saturiertes“ Reich genannt. Das ist richtig, wenn man, wie er, die äußere Gestaltung unserer europäischen Grenzen im Auge hat und mit jener Wendung sagen will, daß Deutschland zu seiner weiteren Entwicklung keiner Kriege mehr bedurfte. Es scheint vielleicht nicht völlig zutreffend dem, der die wirtschaftlichen Bedürfnisse Deutschlands bedenkt, die, so unpolitisch sie an sich sein mögen, in ihren Auswirkungen ebensowohl die deutsche Politik wie die Politik der, um den Ausdruck Rantes und Kjellens zu gebrauchen, großen und Weltmächte entscheidend beeinflussten. Vor dem Kriege hatte die deutsche Wirtschaft die Aufgabe, auf einem verhältnismäßig kleinen europäischen Gebiet von rund 540 000 qkm eine sich um mindestens etwa 800 000 Köpfe jährlich vermehrende Bevölkerung von damals 68 Millionen auskömmlich zu ernähren. Das deutsche Wirtschaftsleben ist dieser Aufgabe gerecht geworden. Dies war nur möglich dadurch, daß die deutsche Wirtschaft sich zur Weltwirtschaft empor entwickelte, und daß andererseits die inländische Produktion, namentlich der Landwirtschaft, unter mäßigem Schutzzoll, mit Hilfe technischer Fortschritte und intensiver Bewirtschaftungsmethoden sich erheblich steigerte. Der Anteil Deutschlands an der Weltwirtschaft wuchs in einem Maßstabe, der namentlich in England Erstaunen und Schrecken erregte. Deutschland schlug nacheinander auf den verschiedensten Gebieten des Handels und der Industrie, der Fabrikation, des Exports, der Schifffahrt und Technik den englischen älteren Wettbewerb aus dem Felde. So kam es, daß, obwohl Deutschland in weitem Maßstabe auf die Einfuhr von Rohstoffen, Erzeugnissen der Tropen, Kolonialwaren angewiesen und seine Handelsbilanz infolgedessen passiv war, etwa 11,6 gegen 10,1 Milliarden Mark Wert der Ein- und Ausfuhr, seine Zahlungsbilanz trotzdem einen Überschuß zu seinen Gunsten aufwies, der als wichtiges Aktivum für die deutsche Volkswirtschaft gebucht werden konnte. Die Aktivität der Zahlungsbilanz wurde erzielt im wesentlichen aus den Frachtgewinnen der deutschen Reedereien für fremde Rechnung, aus den deutschen Kapitalanlagen im Auslande und schließlich aus den Gewinnen deutscher Unternehmungen und Unternehmer im Ausland. Während aber z. B. der letztere Posten, auch in der italienischen Zahlungsbilanz eine gewisse Rolle spielend, dort sich im wesentlichen aus den im Einzelfalle geringen Verdiensten der vorübergehend ins

Ausland abgewanderten italienischen Arbeiter zusammensetzte, war die Quelle der deutschen Unternehmergewinne mehr der Erfolg von Einzelpersonlichkeiten, die in besonders hoch bezahlten Stellungen oder sonst durch ihre Leistungen erhebliche Einkünfte zu erzielen vermochten. Man wird den Überschuf der deutschen Forderungen an das feindliche Ausland gegenüber dem, was Deutschland auf Grund von Importen an das Ausland schuldete, doch mit etwa 1 Milliarde Mark jährlich in Rechnung stellen können. Dies bei einem Wert der deutschen Jahresproduktion vor dem Kriege von etwa 40 bis 50 Milliarden Mark und bei einem Volkseinkommen, das man ungefähr auf 45 Milliarden wird beziffern können. Unter diesen wirtschaftlichen Verhältnissen war die Bevölkerung Deutschlands, und zwar nicht nur in gewissen bevorzugten Schichten, sondern aufs allgemeine angesehen, in einer absolut und relativ günstigen Lage, die zudem sich stetig besserte. Das zeigte sich vor allem in der Zunahme der Einkommen, insbesondere der Arbeiterbevölkerung, während andererseits die Steuerlast, selbst wenn man nicht an die jetzigen Steuergesetze denkt, gering genannt werden muß. Der Gesamtbedarf an Steuern für Reich, Staat und Gemeinden belief sich jährlich auf etwa $4\frac{1}{2}$ Milliarden Mark oder 67,85 $\mathcal{M}$ auf den Kopf der Bevölkerung, während z. B. ein Haushalt mit vier Personen bei einem Reichsbedarf von jährlich 30 Milliarden Mark und einer durch den Friedensvertrag zunächst vorgesehenen Belastung von 60 Milliarden Mark eine Jahressteuer von 4400 $\mathcal{M}$ heutzutage aufzubringen haben würde. Über die Höhe des deutschen Volksvermögens vor dem Kriege sind verschiedene Schätzungen veröffentlicht worden, die, stellenweise übertrieben, noch jetzt den Feinden als Maßstab für ihre Erpressungen dienen, obwohl nicht nur das Volksvermögen selbst durch den Krieg und die ihm folgenden Ereignisse erheblich vermindert ist, sondern auch nahezu alle materiellen Voraussetzungen fortgefallen sind, die bei der Wertbemessung vor dem Kriege mitsprachen. Das steuerbare schuldenfreie Vermögen, das bei der Veranlagung zum Wehrbeitrag im Jahre 1913 ermittelt worden ist, ergibt etwas über 180 Milliarden Mark. Rechnet man hierzu das steuerfreie werbende Vermögen und das sogenannte Genußvermögen, so kann man die Gesamtsumme des deutschen Volksvermögens vor dem Kriege auf nicht mehr als 220 Milliarden Mark annehmen. Im großen und ganzen war sonach die deutsche Volkswirtschaft vor dem Kriege, auf gesunder Basis aufgebaut, in blühender Entwicklung, die durch völlige Sicherheit im Innern und unparteiische Rechtspflege, gerechte und billige Verwaltung, ein glänzend ausgebautes Verkehrssystem auf einer Höhe gehalten wurde, die wohl von keinem anderen Staat erreicht, anderen Völkern ebenso vorbildlich wie ein Gegenstand des Neides war. In Deutschland vermochte auch der sogenannte kleine Mann sich mit einer verhältnismäßig geringen Summe Geldes materielle und geistige Genüsse, Kulturgüter aller Art zu verschaffen, die in anderen Ländern nur den besitzenden Klassen zugänglich waren. Der Kapitalismus, dessen schrankenloseste Auswirkung man im Friedensvertrag von Versailles schauernd beobachten kann, war in Deutschland lange nicht in dem Maße Alleinherrscher, wie in der ganzen übrigen Welt, vor allem den westlichen Staaten Europas und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Es kann und soll hier unerörtert bleiben, ob nicht gerade diese verhältnismäßige Unabhängigkeit Deutschlands gegenüber der internationalen Kapitalistenherrschaft einer der wesentlichsten Gründe gewesen ist für den gegen uns geführten, auch in wirtschaftlicher Hinsicht auf unsere Vernichtung eingestellten Weltkrieg und ob nicht die deutschen Arbeiter, die im Umsturz unserer Staats- und Gesellschaftsordnung vor allem den Kapitalismus zu bekämpfen

wählten, gerade dessen Sieg in dem Triumph unserer Feinde gefördert und vollendet haben: eine der tragischen Ironien so des Sozialismus wie der Weltgeschichte.

Die Folgen des Krieges lasten jetzt auf uns. Sie, und zwar ebensowohl in ihrer außenpolitischen wie ihrer innerpolitischen Auswirkung, bestimmen die Lage der deutschen Wirtschaft.

Sie hatte naturgemäß schon unter dem Kriege selbst schwer zu leiden. Die Umstellung nahezu der gesamten Industrie auf die Erzeugung von Kriegsmaterial, die Unterbindung der Rohstoff- und Lebensmitteleinfuhr durch die Hungerblockade, der Ersatz aller im Felde stehenden kräftigen Arbeiter durch ungeübte weibliche und männliche Arbeitskräfte, die Verwendung der flüssigen Mittel für die Zwecke des Krieges, die mangelhafte Bestellung, Düngung und Urbarmachung der landwirtschaftlich genutzten Flächen: alles das mußte naturgemäß das Wirtschaftsleben Deutschlands nachhaltig verändern und beeinflussen. Dann kamen gleichzeitig die innere Umwälzung, die Revolution und die Waffenstillstandsbedingungen, die nicht, wie es sonst bei Waffenstillständen zu sein pflegt, ausschließlich oder wenigstens vorwiegend militärischen Charakter hatten, sondern die bereits die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands einzuleiten bestimmt waren. Schon die durch den Waffenstillstand erzwungene Demobilisierung innerhalb kürzester Frist anstatt des dafür vorgesehenen langsamen Abbaues mußte den deutschen Arbeitsmarkt aufs schwerste erschüttern, weil hierdurch alle vorbereiteten Übergangsmaßnahmen nahezu gegenstandslos gemacht wurden. Außerdem gingen bei der überhasteten erzwungenen Räumung der besetzten Gebiete dort aufgestapelte Vorräte und Rohstoffe im Wert von vielen Milliarden der deutschen Volkswirtschaft verloren, die andererseits bei einer langsamen Umstellung auf die Friedenswirtschaft dieser zugute gekommen wären. Aber gegenüber diesen mehr mittelbaren Schädigungen der deutschen Volkswirtschaft muß vor allem hervorgehoben werden die Abgabe von 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen, durch die auf Jahre hinaus das deutsche Verkehrswesen aufs schwerste beeinträchtigt und geschädigt wird. Infolge der Ablieferung dieses, übrigens zum großen Teile aus technischen Gründen für Frankreich und Belgien gar nicht verwendbaren Eisenbahnmaterials im Verein mit der Notwendigkeit der Zurückbeförderung unserer Truppen traten naturgemäß Verkehrserschwerungen und Störungen ein, die mit der fortdauernden Blockade die Lebensmittelversorgung und die Wiederentwicklung von Handel und Industrie aufs schwerste beeinträchtigten. Dabei kann selbstverständlich nicht unerwähnt bleiben, daß auch die inneren Wirren jeden geordneten Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens zunächst nahezu unmöglich machten. Die Weiterführung der Blockade auch nach Niederlegung der Waffen und ihre Ausdehnung sogar auf das Ostseegebiet hat bekanntlich die deutschen Lebensmittelnöte ebenso verschärft wie den Mangel an Rohstoffen und sonstigen für den Aufbau des Wirtschaftslebens notwendigen Produkten. Die Möglichkeit, letztere nach Aufhebung der Blockade zu verhältnismäßig billigen Frachten einzuführen, wurde unterbunden, als unter dem Vorwand der Gestellung von Schiffsraum zur Heranführung von Lebensmitteln Deutschland als Folge der Brüsseler Verhandlungen vom 13. und 14. März 1919 den größten Teil seiner Handelsflotte den Feinden ausliefern mußte. Hierdurch wurden ferner etwa 50 000 deutsche Seeleute brotlos, die nun ebenso den radikalen Strömungen haltlos preisgegeben waren, wie sie andererseits der Arbeitslosenunterstützung anheimfielen und auch dadurch die öffentlichen Mittel für sich in Anspruch nahmen. Daß trotz diesen von Deutschland gebrachten Opfern der damit

verfolgte Zweck, die feindlichen Staaten zur Lieferung von Lebensmitteln zu veranlassen, nur in verschwindendem Maße erreicht ist, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Die Deutschland erteilte Erlaubnis, bei den Neutralen Lebensmittellkredite aufzunehmen, wurde in ihrem Wert beeinträchtigt durch das schnelle Sinken der deutschen Währung. So mußte Deutschland seinen Goldbestand, die fremden Devisen und ausländischen Effekten heranziehen, um auch nur die notwendigste Einfuhr zu finanzieren. Als diese Quellen nicht mehr flossen, blieb nur noch der Export der Marknote ins neutrale Ausland übrig, der wiederum ein weiteres Fallen der deutschen Währung zur Folge hatte. Daß alle diese Notstände ein Anschwellen des Notenumlaufes im Inland zur Folge haben mußten, ergibt sich aus der Natur der Sache. Während noch zu Anfang 1919 der Notenumlauf 22 187,8 Millionen Mark betragen hatte, steigt er im Laufe des Jahres auf insgesamt 35 698,4 Millionen Mark. Diesen Beträgen ist noch ein Umlauf an Darlehnsklassenscheinen in Höhe von 13 781,2 Millionen am 31. Dezember 1919 hinzuzurechnen. In der gleichen Zeit fiel die Golddeckung der Noten von 10,2 % auf 3,1 %. Die Reichsbank hat damals allein zum Ankauf von Lebensmitteln etwa 1 Milliarde in Gold abgeben müssen, so daß sich ihr Goldbestand auf 1089,5 Millionen Mark verminderte. In welcher Weise die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse von unmittelbarem Einfluß auf unsere nicht nur, sondern auf die gesamten europäischen Währungsverhältnisse waren, zeigt am besten eine Entwicklungsquote der europäischen Wechselkurse, verglichen mit der Goldparität des nordamerikanischen Dollars. Hierbei ergibt sich, daß der Zeitpunkt des Waffenstillstands, des Brüsseler Abkommens von Mitte März 1919, der Unterzeichnung des Friedens von Versailles am 28. Juni 1919, sowie des Friedensschlusses im Januar 1920 die europäischen Wechselkurse, vor allem aber den Stand der deutschen Reichsmark, in unheilvoller Weise beeinflusst hat. Nimmt man hierzu nun noch die fehlende Überwachung der Zollgrenzen im Westen, die jede wirksame Kontrolle des Waren- und Geldverkehrs an den Grenzen des besetzten Gebietes vereitelte, ferner die damalige Weigerung unserer Feinde, die Erhebung unserer Zölle in Gold anzuerkennen, so ergibt sich, daß ein zahlenmäßig allerdings kaum darzustellender Einfuhrüberschuß, da allein im Sommer und Herbst 1919 für etwa 17 Milliarden Mark entbehrliche Waren, vor allem englische Zigaretten und französische Luxusartikel eingeführt sind, die Entwertung der deutschen Mark und damit die Zerrüttung eines der wesentlichsten Faktoren unseres Wirtschaftslebens in unheilvollster Weise verstärkt hat.

Derartig geschwächt war die deutsche Wirtschaftskraft bereits, als der Frieden von Versailles am 10. Januar 1920 durch unsere Hauptgegner ratifiziert wurde. Er vollendete unsere wirtschaftliche Zerrüttung durch Zerstörung nahezu aller Voraussetzungen, die für einen Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens unerlässlich sind. Dies zeigt sich zunächst in seinem Einfluß auf die deutschen Grenzen und die deutsche Bevölkerung. Von Deutschland wurden abgetrennt mit Elsaß-Lothringen sowie Teilen von Ostpreußen, Westpreußen ($\frac{3}{4}$ der Provinz), Posen ($\frac{1}{10}$ der Provinz) und Schlesien 64 682 qkm mit etwa 6 Millionen Personen, d. h. 7,5 % der Gesamtbevölkerung innerhalb der alten Reichsgrenzen. Hierzu kommen aus den Abstimmungsgebieten zunächst 4889 qkm mit etwa 200 000 Personen, die in Schleswig-Holstein und Eupen-Malmedy inzwischen bereits abgetrennt sind, während das Saargebiet mit nahezu 700 000 und Oberschlesien

mit etwas über 2 Millionen Bewohnern zwar die Abstimmung noch nicht vollzogen haben, aber bis zur vollzogenen Abstimmung — dies gilt namentlich für das Saargebiet — vermöge der Zerreißung der verwaltungstechnischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge mit Deutschland für das deutsche Wirtschaftsgebiet zum großen Teil verloren sind. Das gleiche wird man, wenn auch in etwas geringerem Maßstabe, annehmen müssen von der Bevölkerung des besetzten Gebietes, das ohne Saargebiet und Eupen-Malmedy über 6 Millionen Bewohner zählt. Im ganzen würde ohne Berücksichtigung der besetzten Gebiete im schlimmsten Falle auf eine Minderung der Bevölkerung Deutschlands infolge des Friedensvertrags um etwa 12 bis 13 % zu rechnen sein. Dazu treten dann die eigentlichen Kriegsverluste. Sie erreichen an Toten und Vermissten bekanntlich die Zahl von 2 Millionen, während man etwa $1\frac{1}{2}$ Millionen Kriegsbeschädigte zählt, die nicht oder nur teilweise erwerbsfähig sind. Dabei verdient hervorgehoben zu werden, einmal, daß die Abnahme der Bevölkerung im Verhältnis dem Verlust an Reichsgebiet nicht entspricht, so daß auch ohne Hinzurechnung der zahlreichen Deutschen, die aus fremden, insbesondere feindlichen Ländern nach Aufhebung der Blockade zurückgekehrt sind, der deutsche Boden selbst unter ähnlichen Produktionsverhältnissen wie vor dem Kriege eine verhältnismäßig größere Bevölkerung zu ernähren haben wird. Ferner muß erwähnt werden, daß die städtische Bevölkerung trotz der besonders ungünstigen Verhältnisse in den Städten noch zugenommen hat. Fast ein Drittel der deutschen Bevölkerung ist in Städten von mehr als 50 000 Einwohnern konzentriert. Daß die Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse dieser Bevölkerung ungemein ungünstig sind, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Die Wohnungsnot findet in dieser Vermehrung sowie in dem Stoden der Bautätigkeit ihre Begründung, das den vor dem Kriege auf etwa 200 000 Wohnungen jährlich zu bemessenden Zugang an Wohnraum unterbunden hat. Dank der völligen Auspöwerung Deutschlands infolge der Hungerblockade, sowie der hiermit und mit den zerrütteten inneren Verhältnissen zusammenhängenden Verminderung der landwirtschaftlichen Produktionsfähigkeit ist die Ernährungsmöglichkeit dieser deutschen Bevölkerung, namentlich in den Städten, die denkbar schlechteste. Trotz der Erhöhung der Löhne — die ganze Revolution hat sich vorwiegend in eine Lohnbewegung umgewandelt —, läßt die Kaufkraft der großen Massen einschließlich des völliger wirtschaftlicher Vernichtung und Proletarisierung anheimgefallenen Mittelstandes von Tag zu Tag nach. Der zur ausreichenden Ernährung eines erwachsenen Menschen nötige Satz von etwa 3000 Wärmeeinheiten (Kalorien) wird in Großstädten nur noch zur Hälfte erreicht. Dagegen sind die Kosten des täglichen Ernährungsbedarfs eines erwachsenen Mannes von 6 *M* im Januar 1919 bis auf 10 *M* im März 1920 gestiegen. Sie sind im Mai und Juni 1920 noch weiter gewachsen und der geringe Rückgang im Hochsommer war nur vorübergehend, wie leider inzwischen die Erfahrung gelehrt hat. Ebenso bewegen sich die Kosten für den übrigen Lebensunterhalt, z. B. Kleidung, Beleuchtung, Heizung, dauernd auf steigender Kurve. Das Existenzminimum fordert zu seiner Erreichung stetig höhere Aufwendungen. Der Verlust von 2 Millionen im kräftigsten Mannesalter stehender Deutschen hat auch im Altersaufbau der Bevölkerung eine erhebliche Veränderung mit sich gebracht. Hierdurch, durch die allgemein verbreitete Unterernährung und schließlich durch die politischen Wirren dieser Zeit in ihrem wechselseitigen Bedingtsein ist die Leistungs-

fähigkeit und Willensenergie, die Moral und das Verantwortlichkeitsgefühl in allen Schichten der Bevölkerung, vor allem in den arbeitenden Klassen, erheblich gesunken. Schon gegen den Ausgang des Krieges wurde der Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter auf etwa ein Drittel der normalen Arbeitsleistung berechnet. Bekannt ist der Rückgang insbesondere in den Werkstätten der vormaligen preussischen Staatsbahnen, wo im Vergleich zum Frieden bei der doppelten Zahl von Arbeitern die Leistungen eher gesunken sind. Dazu kommt die auch beim besten Willen durch den Krieg eingetretene Verminderung der Qualitätsarbeit infolge der langjährigen Unterbrechung und der Mangel an sachgemäßer Vor- und Ausbildung. Während sich der erstere Ubelstand hauptsächlich bei den Arbeitern bemerkbar gemacht hat, die durch den Krieg Jahre hindurch ihrer bisherigen Arbeit entzogen waren und dadurch ihre Übung und Geschicklichkeit einbüßten, sind die jüngsten Jahrgänge der Arbeiter infolge des Kriegsdienstes oder der Arbeit in den Munitionsfabriken ohne eigentliche gewerbliche Erziehung geblieben. Daß auch das seelische Gleichgewicht nahezu aller Kreise der Bevölkerung in unheilvollster Weise gestört ist, kann jeder täglich beobachten. Als Folge dieser physischen und psychischen Erscheinungen ergibt sich ein für das Wirtschaftsleben verhängnisvolles Nachlassen der Produktion. Sind diese Erscheinungen bei der arbeitenden Bevölkerung und den Mittelklassen allgemein, so lähmt in der besitzenden Schicht, die stellenweise die materiellen Unbilden der Kriegszeit nicht zu hart empfunden hat, die Unsicherheit ihrer Existenzbedingungen infolge des äußeren und inneren Zusammenbruchs, sowie die dauernde und immer schärfer in Erscheinung tretende Konfiskation des Kapitals, die drohende Sozialisierung großer Produktionsgebiete, den Unternehmungsgeist, der im Zusammenwirken mit der Leistung der Arbeiterschaft die frühere Quantität und Qualität der deutschen Produktion erst ermöglichte. Dazu kommt das fortschreitende Elend in den Kreisen der Geistesarbeiter, des Offizier- und Beamtenstandes. Man darf, ohne ungerecht zu sein, sagen, daß diese Schichten durch den Krieg in sozialer und geistiger wie wirtschaftlicher Beziehung vielleicht am meisten gelitten haben. Aus ihrer führenden gesellschaftlichen und sozialen Stellung gedrängt, den unmittelbaren Nöten des Lebens ohne den Rückhalt gewerkschaftlicher Organisationen mehr als die Arbeiter preisgegeben, unzureichend bezahlt, schlecht behandelt, in ihren vaterländischen Empfindungen aufs tiefste verletzt, fühlen sie die materielle und moralische wie nationale und wirtschaftliche Not unseres Vaterlandes am eigenen Leibe mehr als jene Schichten der Bevölkerung, die sich einreden ließen, daß die Revolution ihnen die Befreiung aus der Knechtschaft gebracht habe. Da aus jenen Schichten der Bildung und des Besitzes zum großen Teil sich die Führer des Volkes auf allen Gebieten rekrutierten, ist das Herabsinken eines Teiles dieser Elemente ins Proletariat eine besonders schwere Gefahr für die deutsche Kultur, das deutsche Geistesleben und nicht in letzter Linie die deutsche Wirtschaft. Nimmt man hierzu die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht, die unter den Gründen für Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung infolge der Disziplinierung der Massen nicht die letzte Stelle einnimmt, nimmt man weiter den Versuch, auch die Schulen zu politisieren und, ebenso wie die Universitäten, in ihren Leistungen herunterzuschrauben, so wird man die Gefahren, die dem deutschen Wirtschaftsleben weniger aus der quantitativen Verminderung wie aus der qualitativen Verschlechterung der deutschen Bevölkerung erwachsen, kaum hoch genug anschlagen dürfen. Dazu kommen die seelischen Er-

scheinungen, die unmittelbar durch den Friedensvertrag und seine Wirkungen bedingt werden. Gerade in den Kreisen der Bevölkerung, bei denen Vaterlandsliebe, nationales Bewußtsein und Staatsgefinnung bestimmend wirkt, müssen die Bedingungen des Friedensvertrages den seelischen Druck verstärken, der bereits durch die innere Entwicklung Deutschlands bedingt ist. Die geflüsterte Achtung der Deutschen im Auslande, die Einkleidung des Friedensvertrages in die Form eines Strafurteils, die Nichtachtung selbst der wenigen in diesem Friedensvertrag dem deutschen Partner noch zuerkannten Rechte, wie überhaupt die Weisheitsschiebung der als Grundbedingung der ganzen Vertragshandlungen auch von unseren Gegnern zunächst anerkannten 14 Punkte Wilsons: Das alles muß die physische und psychische Energie gerade der besten Deutschen lähmen. Je mehr die Kenntnis des Friedensvertrages von Versailles sich verbreitet — und die weiteste Verbreitung wäre diesem Dokument des Hasses und der Schande zu wünschen —, um so tiefer muß die Verzweiflung sein, die sich gerade der schaffenden Stände Deutschlands bemächtigt. Wer den Geist des Friedensvertrages kennt, weiß, daß wir dank ihm dauernd in der Hand unserer Feinde sind, stets von Zwangsmaßnahmen militärischer und wirtschaftlicher Art bedroht und genötigt, selbst die kärglichsten Früchte eines etwaigen zukünftigen Aufschwunges den Feinden zur Wiedergutmachung auszuliefern, so zu dauerndem wirtschaftlichen Siechtum verurteilt. Daß diese Beschreibung nicht zu schwarz sieht, bezeugt das bekannte Buch von John Maynard Keynes: „The economical consequences of the treaty of peace“, das unter dem Titel: „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“ in deutscher Übersetzung bei Dunder u. Humblot in Leipzig erschienen ist. Bekanntlich hat Keynes als britischer Finanzvertreter und Vertreter des englischen Schatzkanzlers beim Obersten Wirtschaftsrat an der Pariser Konferenz teilgenommen. Er hat jedoch am 7. Juni 1919 seine Ämter niedergelegt, als er erkannt hatte, daß wesentliche Milderungen der mit den Wilsonschen Zusagen unvereinbaren Friedensbedingungen nicht zu erreichen sein würden, und damit nach seiner Auffassung nicht nur für die besiegten Staaten, sondern auch für ganz Europa eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe eingeleitet sei. Keynes äußert bei der Erörterung der von Deutschland an seine Feinde nach dem Friedensvertrag geschuldeten Leistungen folgendes (S. 169 der deutschen Ausgabe, Anm. 130):

„Im Vorbeigehen darf nicht übersehen werden, daß die Herabsetzung der Lebenshaltung zweischneidige Wirkungen auf die Fähigkeit eines Landes zur Erzeugung eines Produktionsüberschusses ausübt. Auch haben wir über die Seelenverfassung einer weißen Rasse unter nahezu sklavereiartigen Lebensbedingungen noch keine Erfahrung. Man nimmt jedoch allgemein an, daß, wenn einem Menschen die Gesamtheit seiner Reinerträge entzogen wird, seine Leistungsfähigkeit und sein Fleiß sich vermindern. Der Unternehmer und Erfinder wird nicht arbeiten, der große und kleine Händler nicht sparen, der Arbeiter sich nicht anstrengen, wenn die Früchte ihres Fleißes nicht zum Besten ihrer Kinder, ihres Alters, ihres Stolzes und ihrer Lage, sondern für die Genüsse eines fremden Eroberers bestimmt sind.“

In diesem Zusammenhange sei auch an das Wort des ehemaligen Ministerpräsidenten Clemenceau erinnert, daß es 20 Millionen Deutsche zuviel gäbe.

Er hat mit seinen Verbündeten alles getan, um diese 20 Millionen durch den Friedensvertrag und seine Folgen aussterben und verschwinden zu lassen.

Sind sonach die personellen Voraussetzungen für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft die denkbar ungünstigsten, so gilt dies nicht minder von den sachlichen Bedingungen, auf die alle einzelnen Produktionsgebiete angewiesen sind. Man hat vielfach gefordert, Deutschland müsse wieder zum Agrarstaat werden, wie es das bis etwa Mitte des vorigen Jahrhunderts gewesen ist, dann werde es unabhängig von der Einfuhr aus fremden Ländern und könne infolgedessen leichter als ein Industriestaat seine innere und damit auch seine äußere Unabhängigkeit wieder erlangen. Dabei wird zunächst nur vergessen, daß sich die Bevölkerung eines einmal industrialisierten Landes nicht ohne weiteres wieder zur Landwirtschaft bekehren läßt und daß, wie bereits ausgeführt, trotz der großen Einbuße an Bevölkerung die Einbuße an Land nicht unerheblich größer ist und damit die Bevölkerungszahl gegenüber der Zeit vor dem Kriege relativ vielfach zugenommen hat. Außerdem aber sind auch die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft wesentlich erschwert. Dabei fällt vor allem ins Gewicht, daß schon die auf Grund des Friedensvertrages eingetretene Verminderung der deutschen Bodensfläche sich auf Gebietsteile erstreckt, die einen Überschuß an agrarischen Erzeugnissen zur Ernährung vor allem der Industriegebiete hervorgebracht haben. Daraus folgt, daß in Zukunft der verhältnismäßige Anteil der Selbstversorger an der zu ernährenden Bevölkerung herabgehen, andererseits aber der Einfuhrbedarf an Lebensmitteln zu Lasten unserer Zahlungsbilanz erheblich steigen muß. Der bereits jetzt eingetretene Verlust an landwirtschaftlich nutzbarem Boden, insbesondere im Norden und Osten, stellt einen Ausfall dar von etwa 25 % der deutschen Getreide- und Kartoffelerzeugung, von etwa 10 bis 12 % der Vieherzeugung, dem eine Verminderung der Bevölkerung durch die jetzt schon vollzogenen Abtretungen von nur 7,5 %, bei ungünstigstem Ergebnis der Abstimmungen von etwa 12—13 % gegenübersteht wird. Noch im Jahre 1913 hatten wir eine Getreideernte von 30,7 Millionen Tonnen, während sie im Jahre 1919 sich auf 15,1 Millionen Tonnen belief, wobei die abgetretenen Gebiete nicht, wohl dagegen die Abstimmungsgebiete mitgezählt sind. Auf dem gleichen Areal wurden im Jahre 1913 noch 26,7 Millionen Tonnen geerntet. Die Kartoffelernte konnte man im Durchschnitt im Frieden auf etwa 50 Millionen Tonnen veranschlagen. Das besonders günstige Jahr 1913 hat sogar 54 Millionen Tonnen erbracht. Bereits im Kriege war dieser Ertrag auf 30 Millionen Tonnen zurückgegangen. Da hiervon etwa ein Viertel in den abgetretenen Gebieten produziert wurde, so bleibt dem verkleinerten Deutschland nur eine Ernte von etwa 20 Millionen. Hieraus ergibt sich, daß der Rückgang im Ertrage der beiden wichtigsten Nahrungsmittel die Verminderung der Bevölkerung bei weitem übersteigt. Die nicht nur für die deutsche Landwirtschaft, sondern auch für die deutsche Ausfuhr besonders bedeutungsvolle Erzeugung von Zuckerrüben hat eine Einbuße um mehr als 50 % zu verzeichnen. Die Erzeugung von Zucker selbst ist, wie jede Hausfrau weiß, noch viel erheblicher zurückgegangen, weil die Rüben infolge der mangelhaften Futtermittelernten und des Wegfalls der Futtermittelernte in großem Maßstabe verfüttert wurden.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Viehstande. Während im Jahre 1913 noch 21 Millionen Stück Rindvieh gezählt wurden, war der Viehstand bereits während des Krieges im Jahre 1918 auf 18,1 Millionen Stück zurückgegangen und

betrug im Jahre 1919 in dem durch den Friedensvertrag verkleinerten Gebiet nur noch 16,3 Millionen Stück. In viel größerem Maßstabe ist jedoch eine Verminderung des Bestandes an Schweinen eingetreten, die bekanntlich für die großen Schichten der unteren und mittleren Bevölkerungsklassen die bevorzugte Fleischnahrung bilden. Während es Ende 1913 noch 25,7 Millionen Stück Schweine gab, sind diese in dem verkleinerten Deutschland von 1920 auf 11,5 Millionen Stück zurückgegangen. Aber dieser zahlenmäßige Rückgang allein drückt den Verlust an eßbarem Fleisch noch nicht aus. Dabei ist noch in Anschlag zu bringen die infolge der auch bei dem Vieh hervortretenden Unterernährung und die durch den Friedensvertrag erzwungene Abgabe von hochwertigem Vieh eingetretene bedeutende Minderung der Qualität und die Tatsache, daß die Nötigung zu vorzeitiger Schlachtung die vor dem Kriege erreichte Reife des Viehes nicht mehr erzielen läßt. Auch hierfür Beispiele. Vor dem Kriege betrug das durchschnittliche Schlachtgewicht bei

Rindern	250 kg
Kälbern	40 "
Schweinen	85 "
Schafen	22 "

Im Januar 1919 sind die gleichen Zahlen bei

Rindern	160 kg
Kälbern	31 "
Schweinen	63 "
Schafen	15 "

Erwägt man nun noch, daß auf der Viehwirtschaft 90 % der Fetterzeugung im Inlande und $\frac{11}{10}$ des gesamten Fettverbrauches vor dem Kriege beruht, daß die Schlachtfetterzeugung damals etwa 700 000 Tonnen, davon allein 590 000 Tonnen aus Schweinezucht betrug, so wird es klar, wie auch hier sowohl auf dem Gebiet der Ernährung der Bevölkerung wie des sonstigen Wirtschaftslebens der zahlenmäßige Rückgang und die qualitative Verschlechterung des Viehstandes die deutsche Wirtschaft schädigen muß. Ferner beeinträchtigt die verminderte Leistungsfähigkeit auch der ländlichen Arbeiter und ihre Disposition zu Arbeitsweigerungen — man denke nur an die Landarbeiterstreiks —, sowie die auf dem Lande nahezu undurchführbare Festsetzung des Achtstundentages in Verbindung mit den auch hier maßlos gesteigerten Löhnen und dem Mangel an Düngemitteln sowie der Zwangswirtschaft gleichfalls die agrarische Produktion aufs schwerste. Man rechnet jedenfalls in der Landwirtschaft mit einem Rückgang der pflanzlichen Produktion um 40 %, der tierischen um 60 % ihres früheren Umfangs. Vor dem Kriege hatte die deutsche Landwirtschaft ungefähr 90 % des einheimischen Bedarfs an Pflanzenstoffen, 67 % an Fleisch und Fett, 50 % an Milch und deren Erzeugnissen selbst gedeckt.

Besonders verhängnisvoll mußte selbstverständlich der Friedensvertrag für unsere Industrie sein, da deren Vernichtung ja einer der ausgesprochenen Zwecke des gegen uns geführten Wirtschaftskrieges gewesen ist. Zunächst haben auch hier die uns abgezwungenen Gebietsabtretungen verheerend gewirkt. Deutschland hat das bisher behauptete Monopol in der Kalierzeugung verloren. Dies ergibt sich vor allem aus dem Verlust von Elsaß-Lothringen. Die großen Kalilager des Elsaß waren bisher noch in keiner Weise abgebaut, vielmehr noch weitestgehender

Erschließung fähig. So erzeugte das Elsaß 1913 erst 26 % der deutschen Gesamtförderung von 1 110 370 Tonnen, hat aber schon 1914 eine bedeutende Steigerung der gewonnenen Mengen aufzuweisen gehabt. Hierdurch ist uns, selbst wenn man von der Verwendung des Kali für die heimische Landwirtschaft völlig absieht, eine Exportmöglichkeit größten Umfanges einfach abgeschnitten worden. Schwerwiegender noch sind die Verluste, die Deutschland an Eisen und Kohle erleidet, mithin den beiden Faktoren, auf denen eigentlich die deutsche Industrie aufgebaut ist. Vor dem Kriege bezifferte man das Gesamtvorkommen an Eisenerzen einschließlich des in einem Zollverband mit Deutschland verbundenen Luxemburg auf etwa 2,3 Milliarden Tonnen. Hiervon verliert Deutschland 1,897 Milliarden Tonnen, so daß ihm nur 0,403 Milliarden Tonnen verbleiben. Im Jahre 1913 betrug die deutsche Förderung von Eisenerzen 35 941 Millionen Tonnen, davon entfielen auf Lothringen mit 21 136 Millionen Tonnen 58,81 %, auf Luxemburg mit 7333 Millionen Tonnen 20,40 % und auf Oberschlesien mit 138 000 Tonnen 0,38 %, im ganzen 28 607 Millionen Tonnen. Daher verbleibt nur noch ein Rest von 7334 Millionen Tonnen oder 20,41 %, das ist etwa der fünfte Teil der früheren Gesamtförderung.

Von den drei großen Kohlengebieten Deutschlands, der Saar, dem Ruhrbezirk und Oberschlesien, verliert Deutschland wenigstens zunächst und voraussichtlich auch für die Zukunft den Saarbezirk mit einem Vorrat von 16,50 Milliarden Tonnen. Ob Oberschlesien erhalten bleiben kann, ist nach der reinen Gewaltpolitik unserer Feinde, die in trassendem Widerspruch selbst zu dem Friedensvertrage Oberschlesien von den Polen besetzen läßt und eine etwa noch erfolgende Abstimmung voraussichtlich gewaltsam zugunsten der Polen zu wenden versuchen wird, immerhin sehr unsicher. Mit Oberschlesien würde dem Deutschen Reich ein Vorrat von 166 Milliarden Tonnen Steinkohlen entgehen. Daher würden von einem deutschen Gesamtvorrat von 409,97 Milliarden Tonnen vor dem Kriege nur noch 227,47 Milliarden Tonnen verbleiben. Jeder vermag sich selbst zu sagen, was im Zusammenhang mit den uns in Spa auferlegten Kohlenlieferungen von monatlich 2 Millionen Tonnen dies für das deutsche Wirtschaftsleben ausmacht. Es bedeutet die Stilllegung der deutschen Industrie in weitestem Umfange, damit weitere Herabminderung der Exportmöglichkeit, Stilllegung des Arbeitsmarktes und Verteuerung aller Lebensbedingungen. Dabei sei, um nicht die Darstellung übermäßig mit Zahlen zu belasten, nur erwähnt, daß die Saarkohle 8,95 % der Gesamtförderung, die Erträge der ober-schlesischen Gruben 25 % der deutschen Gesamtförderung ohne Saarkohle betragen. Sollten etwa die Franzosen, auf das Gewaltdiktat von Versailles und Spa gestützt, sich des Ruhrgebiets bemächtigen, so würde, nach den Förderzahlen für 1913 bemessen, eine weitere Förderung von 114 487 zu Einheiten von 1000 Tonnen Kohlen, mithin 60,22 % der Gesamtförderung abermals wegsfallen. Damit würde Deutschland vor die Alternative der völligen Stilllegung des wirtschaftlichen Lebens oder des Erwerbes der nötigen Kohlenmengen von den Feinden, insbesondere von den Franzosen, zu Weltmarktpreisen gestellt sein, die wiederum das Preisniveau der deutschen Waren, insbesondere der Eisenerzfabrikate, im Zusammenhang mit den sonstigen wirtschaftlichen, vor allem Lohnbedingungen, zu einer auf dem Weltmarkt nicht mehr als konkurrenzfähig anzunehmenden Höhe steigern müßten. Die Erzeugung von Roheisen würde sich um 45 % vermindern, eine Berechnung, die vielleicht noch zu

günstig ist. In Wirklichkeit ist nämlich die Roheisenerzeugung von 19 309 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 6251 Millionen Tonnen im Jahre 1919 zurückgegangen. Die gleichen Zahlen für die Rohstahlproduktion stellen sich nach theoretischer Berechnung auf einen Rückgang von 37,5 %, während die tatsächliche Produktion von 18,9 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 7,79 Millionen Tonnen im Jahre 1919 gesunken ist. Mehr noch als die Streiks und die sonstigen Arbeitsbedingungen muß Kohlenmangel als der Hauptgrund dieser Produktionsverminderung gelten. Und dies zu einer Zeit, wo die Kohlenvorräte Frankreichs dank den aus Deutschland erpreßten Kohlenlieferungen die Höhe der Vorkriegszeit erreicht, wenn nicht überschritten haben. Die Pariser Gasanstalt hat mit 900 000 tons zur Zeit mehr Reserven an Kohlen, als die sämtlichen deutschen Gaswerke zusammengekommen. Dagegen betrugen am 9. Oktober 1920 die Lagerbestände auf allen Zechen des Ruhrgebietes nur noch 75 661 Tonnen, das ist nur ein Bruchteil der Tagesförderung. Infolgedessen ist die Produktion der deutschen Industrie aller Gebiete aufs äußerste eingeschränkt worden. Auch hier wieder das Mißverhältnis zwischen dem Rückgang der Produktion und dem Rückgang der Bevölkerung und damit die so ungemein gefährliche Verringerung des Nahrungsspielraums. Gleichzeitig aber ein Beweis für die Verarmung des verkleinerten neuen Deutschland. Nur angedeutet werden soll, daß, abgesehen von Kohlen und Eisen, auch die auf den Nebenprodukten der Kohle aufgebauten wichtigen Industrien der Teerfarben- und pharmazeutischen Produkte unter der Verminderung der Kohle erheblich zu leiden haben werden. Dies um so mehr, als nach dem Friedensvertrag die Produktionen der deutschen Farbenfabriken in weitgehendem Maße an die Feinde abzuliefern sind. Die durch den Friedensvertrag (Anlage VI zu Art. 243/44) festgesetzte Forderung auf Ablieferung von 50 % ihrer Vorräte und 25 % der Normalproduktion hat schon jetzt die Ablieferung nahezu der Gesamtproduktion der deutschen Farbenfabriken zur Folge gehabt, weil einzelne dieser Fabriken wegen Kohlenmangels stillgelegt werden mußten. Da nun gerade auf dem Gebiet dieser Industrien die durch den Friedensvertrag festgesetzte Rechtlosigkeit hinsichtlich deutscher Patente und Markenschutzrechte von einschneidendster Wirkung ist, so ergibt sich auch hier die Lähmung einer Industrie, die vor dem Kriege Deutschland bei weitem den ersten Platz unter allen Völkern sicherte und an der Gestaltung der aktiven Zahlungsbilanz immerhin nicht unwesentlich beteiligt war.

Wie bereits angedeutet, war für das deutsche Wirtschaftsleben vor dem Kriege die Einheit der Verwaltung, die Leichtigkeit des Verkehrs, die Billigkeit der Frachten Hand in Hand mit der Lage Deutschlands als großes europäisches Durchgangsgebiet von hervorragender Wichtigkeit. Auch dieser Vorteile gehen wir durch den Friedensvertrag verlustig. Die deutsche Wirtschaftseinheit ist, wenn nicht zerstört, so doch in verhängnisvollster Weise gelockert. Dies ergibt sich schon aus der Art, in der, übrigens vielfach in Widerspruch mit den Bestimmungen des Friedensvertrages, unsere Feinde die Verwaltung der besetzten Gebiete ausgestaltet und diese von dem übrigen Deutschland in weitem Maßstabe abgeschlossen haben. Dadurch wird, ganz abgesehen von der Verwaltung, der Verkehr, der Waren- und Kapitalaustausch innerhalb des Reiches selbst erschwert, wenn nicht unterbunden, und aus den besetzten Gebieten vielfach in neue Bahnen, vor allem in die feindlichen Länder gelenkt. Dies gilt vor allem von den besetzten linksrheinischen Gebieten, deren

Mitarbeit am Gesamtertrag der deutschen Wirtschaft sowohl zahlenmäßig wie ideell ungemein hoch zu veranschlagen ist. Der Rhein bildete innerhalb Deutschlands keine Grenze, die zwei Wirtschaftsgebiete schied. Die hoch entwickelten links- und rechtsrheinischen Gebiete waren wirtschaftlich aufs engste verknüpft und konnten ihre besonders reich entfaltete Leistungsfähigkeit nur auf Grund eines gegenseitigen Austausches und der Ergänzung durch ineinandergreifende Organisationen und Betriebe erzielen. So haben z. B. die auf dem linken Rheinufer gelegenen Werke der Schwerindustrie vielfach ihre Kohlenbasis auf dem rechten Rheinufer. Bei anderen Industrien müssen die Halbfabrikate zwecks Weiterverarbeitung die Stromufer wechseln. Im Jahre 1913 bezifferte sich der Güterverkehr auf der Eisenbahn von der linksrheinischen Rheinprovinz nach dem rechtsrheinischen Deutschland auf 10 236 452 Tonnen, der Verkehr in der entgegengesetzten Richtung ist auf 13 096 027 Tonnen festgestellt. Für den Absatz ist das linksrheinische Industriegebiet auf die rechte Rheinseite so vorwiegend angewiesen, daß daneben der Auslandsverkehr kaum in Betracht kommt.

Ein Ziel, dessen Erreichung vor allem für England zu den Hauptzwecken des Krieges gehörte, war die Zerstörung des deutschen Handels und der deutschen Schifffahrt, einschließlich der Binnenschifffahrt und der Fischerei. Es ist bekannt, daß vor dem Kriege Deutschland, allerdings in ziemlichem Abstand von England, die zweitgrößte Handelsflotte der Welt sein eigen nannte. Bereits der Waffenstillstand forderte die Auslieferung aller Schiffe über 2500 Bruttoregistertons. Infolgedessen wurden damals ausgeliefert aus Deutschland 227 Dampfer mit 1 219 738 Bruttoregistertons und aus neutralen Ländern 166 Dampfer mit 704 397 Bruttoregistertons, mithin rund 2 Millionen Tons der vor dem Kriege auf etwa 5,3 Millionen Bruttoregistertons zu beziffernden Handelsflotte. Der gleiche Schiffsraum ist von den Feinden in ihren Häfen oder sonst beschlagnahmt worden. Wer sich vergegenwärtigt, daß vor dem Kriege die Größenverhältnisse der Schiffe andauernd wuchsen und damit eine erheblich vorteilhaftere und billigere Verfrachtung erzielt werden konnte, wird ermessen, wie schwer wirtschaftlich für Deutschland die Notwendigkeit wiegen mußte, alle größeren Schiffe ausnahmslos abzuliefern. Aber auch diese Bedingungen waren unseren Feinden noch nicht hart genug. Die weitere Auslieferung aller Seeschiffe über 1600 Bruttoregistertons und der Hälfte aller Seeschiffe zwischen 1000 und 1600 Bruttoregistertons ist gefordert und durchgeführt worden. Damit war selbst die Küstenschifffahrt in der Nord- und Ostsee auf deutschen Schiffen nahezu unmöglich gemacht. Deutschland verbleiben von einer Flotte, die im Jahre 1914 4935 Schiffe mit 5 238 957 Bruttoregistertons umfaßte, an Schiffen über 1000 Tons etwa 100 000 Bruttoregistertons. Schiffe unter dieser Größe sind für die Überseefahrt technisch nur zur Not, wirtschaftlich überhaupt nicht geeignet. Daß die Deutschland noch verbleibende Zahl von Schiffen unter 1000 Bruttoregistertons im wesentlichen nur für die Zwecke der kleinen Küsten- und Erzfischfahrt in Frage kommt, ist von der deutschen Regierung seinerzeit der Schifffahrtsabteilung der Wiedergutmachungskommission in einer Denkschrift nachgewiesen worden. Aber damit noch nicht genug. Um die im Ausland bekannte und von ihm gefürchtete Leistungsfähigkeit der deutschen Werften für unser Vaterland auszuschalten oder den Feinden nutzbar zu machen, hat der Vertrag von Versailles uns die Verpflichtung auferlegt, fünf Jahre hindurch jährlich bis zu 200 000 Bruttoregistertons für die

Feinde an Schiffsraum zu bauen. Damit ist unter den vorgeschilderten heutigen Produktionsverhältnissen es nahezu unmöglich, für Deutschland selbst neuen Schiffsraum auf deutschen Werften herzustellen. Entweder muß auf die Herstellung deutschen Schiffsraums überhaupt verzichtet werden, das bedeutet die Ausantwortung Deutschlands für die Einfuhr an ausländische Frachttarife, die in fremder Valuta zu zahlen sind, und wird dadurch abermals eine erhebliche Verteuerung alles Imports zur Folge haben, oder aber die Notwendigkeit, Schiffe auf fremden Werften zu bestellen, wodurch gleichfalls die deutsche Zahlungsbilanz verschlechtert und die Fracht infolge der höheren Kosten abermals verteuert wird. In etwas ist ja die auf Untergrabung der deutschen Handelschiffahrt gerichtete Absicht des Friedensvertrages vereitelt durch das Abkommen, das im Frühsommer dieses Jahres die Hamburg-Amerika-Linie mit dem sogenannten Harriman-Konzern in Nordamerika getroffen hat. Danach stellt die Hamburg-Amerika-Linie ihre Erfahrungen und Organisation im Gebiete der Weltschiffahrt der amerikanischen Linie zur Verfügung und betreibt mit dieser zusammen einen überseeischen Schiffsverkehr, bei dem bis zur Hälfte der Schiffstonnage unter deutscher Flagge fahren kann. Ein ähnliches Vertragsverhältnis ist der Norddeutsche Lloyd mit einer anderen nordamerikanischen Schiffahrtsorganisation eingegangen. Diese der Privatinitiative der großen Hamburger und Bremer Reedereien entsprossenen und zu verdankenden Abkommen dürfen neben der Erweiterung unserer drahtlosen Telegraphie als eins der wenigen uns günstigen wirtschaftlichen Ereignisse der Jetztzeit bezeichnet werden. Aber selbst wenn im einzelnen hier und da der Wagemut, der Unternehmungsgeist und die Klugheit deutscher Kulturpioniere wirtschaftliche Vorteile für uns zu erringen vermag, so darf doch darüber kein Zweifel obwalten, daß unsere weltwirtschaftliche Stellung, auch soweit sie auf dem Überseeverkehr durch deutsche Schiffe beruhte, auf Menschenalter nahezu zerstört ist. Daraus folgt, daß einer der Faktoren, die vor dem Kriege unsere Zahlungsbilanz aktiv gestalteten, für die Zukunft zunächst ausgeschaltet ist. In krassem Widerspruch zu den humanitären Whrasen, mit denen unsere Feinde ihr satanisches Vernichtungswerk an unseres Vaterlandes Größe bekleidet haben, steht auch die Forderung des Friedensvertrages, wonach ein großer Teil der zur Fischerei bestimmten Fahrzeuge an unsere Feinde auszuliefern ist. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß hierdurch nicht nur wichtige Bevölkerungsgruppen unmittelbar brotlos, sondern durch die Verminderung des deutschen Fischfanges die an sich schon knappen Ernährungsmöglichkeiten des deutschen Volkes noch mehr eingeschränkt werden. Aber England tut ganze Arbeit. Es begnügt sich nicht damit, die deutsche Flagge von der See verschwinden zu lassen, sondern entzieht auch unserer Binnenschiffahrt wesentliche Existenzbedingungen. Diese hatte schon durch den Krieg erheblich gelitten. Die durch ihn erzwungene teilweise Stilllegung und der Mangel an Mannschaft hatten zur Folge gehabt, daß seit 1914 etwa 400 000 Tons Schiffsraum als nicht mehr reparaturwürdig zer schlagen werden mußte. Insbesondere seit dem Waffenstillstand und auf Grund des Friedensvertrages sind weiter aus dem deutschen Gebiet etwa 100 000 Tons Rahnraum, über 100 Motorboote und mindestens 230 Schleppdampfer der deutschen Binnenschiffahrt verloren gegangen. Für die noch vorhandenen Binnenschiffe gilt das gleiche wie für den Fuhrpark der Eisenbahn. Sie sind reparaturbedürftig im höchsten Grade, ohne daß wegen der Kosten, des Kohlenmangels und der vielfach

bedrängten Wirtschaftslage der Schiffseigentümer die notwendigen Ausbesserungen in dem erforderlichen Maßstabe durchgeführt werden können. Dabei treten infolge der erzwungenen Einschränkung des Eisenbahnverkehrs an die Binnenschifffahrt erheblich höhere Anforderungen heran als vor dem Kriege. Schon die Kohlenlieferungen auf Grund des Vertrages von Versailles und des Diktats von Spa müssen zum großen Teil per Bahn transportiert werden. Das gleiche gilt für die Zufuhr der Kohlen zu den inländischen Produktionsstätten und für die deutsche Getreideversorgung.

Aber unsere Feinde gingen noch weiter. Unter dem Vorwand, allen Staaten, die Anlieger irgendeines deutschen Flusses sind, ungehinderte Verbindung zum Meere und wesentliche Mitwirkung an der Kontrolle des Flusses zu verschaffen, haben sie die deutschen Hoheitsrechte über die deutschen Ströme aufgehoben und alle deutschen Flüsse mit ihren schiffbaren Nebenflüssen und mit Einschluß des Nord-Ostsee-Kanals sowie des geplanten Großschiffahrtsweges Rhein—Donau außer der Weser zu internationalen Verkehrsstraßen erklärt. Die deutschen Ströme werden also in Zukunft internationalen Kommissionen unterstellt, in denen überall England und Frankreich, außerdem, je nach der Lage, andere Staaten, Deutschland aber nur mit einer kleinen Minderheit vertreten ist. Frankreich hat sich dabei für den Rhein, dessen Verkehr durch einen Ausschuß von 19 Mitgliedern in Straßburg kontrolliert wird, noch besonders weitgehende Rechte vorbehalten. Es stellt in dem Ausschuß 5 Mitglieder einschließlich des Vorsitzenden, während Deutschland nur 4, die Holländer 2 Mitglieder haben. Daneben sind Frankreich weitgehende Rechte erteilt, den Rhein für industrielle Kraftzwecke auszunutzen, die Weichsel und Memel sind uns völlig entzogen und ihre Mündungen werden voraussichtlich tatsächlich britische Häfen werden. Nimmt man dazu neben der schon erwähnten Verpflichtung der Ablieferung von Binnenschiffen und Schleppern die Wegnahme des für die Versenkung der deutschen Kriegsflotte in Scapa Flow abzuliefernden, ursprünglich auf nicht weniger als 300 000 Tons bezifferten Dock- und Hafenmaterials, sowie den Zwang, in Stettin und Hamburg besondere, für die Tschecho-Slowakei bestimmte Häfen einzurichten, so wird man zugeben müssen, daß die Vernichtung der deutschen Schifffahrt nicht planmäßiger durchgeführt werden konnte, als dies unter dem Motto der Freiheit der Schifffahrt geschehen ist. Dazu kommt dann noch die in verkehrstechnischer Beziehung besonders einschneidende Aufhebung der Tarishoheit auch über die deutschen Eisenbahnen, die jede Begünstigung deutscher vor fremden Transporten ausschließt. Damit fällt z. B. für Bremen und Hamburg die Möglichkeit weg, den Austausch der Waren aus dem deutschen Industriebezirk mit den Einfuhrartikeln aus dem Ausland zu bevorzugten Tarifen zu vollziehen. Ebenso ist Deutschland nicht in der Lage, die Vorteile auszunutzen, die ihm bisher seine Lage im Mittelpunkt Europas als Durchgangsland bot. Denn alle fremden Schiffe und Waren darf Deutschland nur ebenso wie deutsche behandeln.

Hand in Hand mit der Vernichtung der deutschen Handelsflotte, der Binnenschifffahrt und der Tarishoheit im Inland geht die Zerstörung des deutschen Außenhandels, die, schon in den ersten Tagen des Krieges unter der Ägide Englands geflistentlich begonnen, durch den Friedensvertrag von Versailles vollendet worden ist. Daß die wachsende Bevölkerung Deutschlands in dem zum Vergleich mit anderen Staaten nur kleinen Kolonialreich ein Kraftventil und eine an Wert stetig

wachsende Vorratskammer hatte, ist ein Grund mehr, um Deutschland seiner Kolonien zu berauben. Sie sind an den Völkerbund übergegangen, dessen Mandat ein läugerlicher Ausdruck für ihre Annexion durch unsere Feinde ist. Damit hat Deutschland ein Gebiet von 2,9 Millionen Quadratkilometern mit mindestens 12 Millionen Einwohnern verloren. So steht Deutschland ohne Kolonien, ohne tropische Einfuhr- und subtropische Siedlungsgebiete da. Es besitzt kein Ventil mehr, um seine auf kleinerem Raum wachsende Bevölkerung auf eigenem Boden im Auslande ansiedeln oder zur Verfolgung von Kulturzielen dorthin senden zu können. Aber damit noch nicht genug, ist durch neuere Verfügungen und Gesetze sowohl Englands wie Frankreichs und ihrer Kolonien den Deutschen auch die Rückkehr in die früheren deutschen Kolonien für einen Zeitraum abgeschnitten, der genügt, um im Verein mit der Liquidation des dortigen Besitzes deutsche Entfallungsmöglichkeiten dort für die Zukunft nach menschlichem Ermessen auszuschießen. Gleichzeitig ist auch für die englischen und französischen Gebiete und Kolonien ein Einwanderungsverbot für Deutschland ergangen. Ist die wirtschaftliche Lage Deutschlands, das, anstatt wie vor dem Kriege nur Waren, jetzt vor allem auch Menschen exportieren muß, schon ohne diese Ausschließung schlimm genug, so verhindern jene Verbote unserer Gegner vielleicht auch zu deren eigenem Schaden die Ansiedlung Deutscher in ihren Gebieten und erhöhen damit die Spannung unserer inneren Verhältnisse und unsere Wirtschaftsnot. Daß auch dadurch und durch den Wegfall der vor dem Kriege wachsenden Einfuhr von Produkten unserer Kolonien unsere Lebensmittelnöte abermals verschärft und die Bedürfnisse nach ausländischen Zahlungsmitteln gesteigert werden, ist nur eine weitere Folge, wie sie der Friedensvertrag bewußt gewollt und bewirkt hat.

Kann man die Fortnahme auswärtiger Siedlungsgebiete noch allenfalls mit den bisher üblich gewesenen Regeln des Völkerrechts vereinigen, so ist dies nicht mehr der Fall mit der Fortnahme der deutschen Überseekolonien sowie alles deutschen Eigentums in den ehemals gegnerischen Staaten. Bekanntlich galt früher der Krieg nur dem feindlichen Staat und dem Eigentum dieses Staates, während Privatrechte und Privateigentum allgemein als unverletzlich anerkannt wurden. Damit ist in diesem Krieg und durch den Friedensvertrag gründlich gebrochen und dadurch die allgemeine Kulturentwicklung auf eine Stufe zurückgeschleudert worden, die man längst überwunden wähnte. Während Deutschland nach den wirtschaftlichen Bestimmungen in Artikel X des Friedensvertrages die Pflicht hat, alles feindliche Eigentum, was es, dem Beispiele der Feinde notgedrungen folgend, beschlagnahmt, liquidiert oder unter Zwangsverwaltung gestellt hatte, restlos wieder heraus oder dafür Entschädigung zu geben, hat es selbst jeden Anspruch auf die Rechte und den Besitz seiner Staatsangehörigen im ehemals feindlichen Ausland verloren. Artikel 297 b des Friedensvertrages geht sogar so weit, daß es den feindlichen Mächten die Möglichkeit gibt, auch das bei Friedensschluß noch nicht liquidierte deutsche Eigentum zu liquidieren oder sonst in Anspruch zu nehmen, um daraus die privaten Forderungen der feindlichen Untertanen zu befriedigen und einen etwaigen Überschuß zugunsten Deutschlands auf Wiedergutmachungskonto vorzutragen. Die Eigentümer werden nach Artikel 297 i des Friedensvertrages für ihre Ansprüche an das verarmte Deutsche Reich verwiesen. Es handelt sich dabei aber nicht etwa nur um Liegenschaften, Handels- oder sonstige Unternehmungen

Deutscher auf fremdem Boden, vielmehr hat nach § 10 des Anhangs zu Artikel 298 des Friedensvertrages Deutschland binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages jeder alliierten oder assoziierten Macht auch alle in Händen seiner Angehörigen befindlichen Verträge, Bescheinigungen, Urkunden und sonstigen Eigentum mitteilen auszuantworten, die sich auf Güter, Rechte und Interessen im Gebiete der betreffenden alliierten oder assoziierten Macht beziehen. Unter letztere fallen auch Aktien, Schuldverschreibungen und sonstige Wertpapiere aller in der Gesetzgebung dieser Macht zugelassenen Gesellschaften. Außerdem gibt Artikel 260 dem Wiedergutmachungsausschuß das Recht, innerhalb eines Jahres die Abtretung aller Rechte Deutscher an öffentlichen Unternehmungen und Konzessionen in Rußland, China, Österreich-Ungarn, Bulgarien, der Türkei und den Gebieten, die früher zu diesen Staaten gehört haben, zu verlangen. Damit ist ein weiterer Faktor der bisherigen Aktivität der deutschen Zahlungsbilanz, die Beteiligung Deutscher an fremden Unternehmungen und die Gelddanlage in fremden Ländern gleichfalls ausgeschaltet. Man darf den Wert dieser Interessen nicht zu gering veranschlagen. Im Jahre 1914 wurde der Betrag der deutschen Auslandsanlagen auf über 20 Milliarden Gold angesetzt. Trotzdem hiervon immerhin ein Teil auf Länder entfällt, die uns nicht feindlich gegenüber gestanden haben, so werden die buchmäßigen Verluste, wie auf Grund der während des Krieges erfolgten Ermittlungen gesagt werden kann, doch etwa den gleichen Betrag ergeben. Vor allem ist dabei auch nicht zu unterschätzen der ideelle Wert, den jedes Unternehmen im Ausland durch die nicht in Geld auszudrückenden und abzuschätzenden Erfahrungen und Verbindungen seiner Inhaber hatte. Wenn man auch dieses ideelle Moment — die Engländer sprechen in diesem Fall von goodwill — mit in Ansatz bringt, so ist ein Ersatz dieser Schäden durch die deutsche Regierung überhaupt nicht möglich. Da nun die von unseren Feinden als Entschädigung verlangten angeblich 100 Milliarden in Gold weit übersteigenden Summen eine starke aktive Handelsbilanz voraussetzen, die durch die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles ausgeschlossen ist, so ergibt sich schon hieraus die volkswirtschaftliche Unmöglichkeit dieses Vertrages auch in seinen wirtschaftlichen Bestimmungen. Die Feinde schlachten die Henne, die ihnen goldene Eier legen soll.

Insofern die deutschen Anlagen und Guthaben im Auslande dazu dienen konnten, unsere Zahlungsbilanz zu verbessern oder bei der notwendigen Wiederknüpfung der Handelsbeziehungen unsere Rohstoffeinfuhr zu finanzieren, ist auch das, wie bereits erwähnt, unmöglich geworden, weil der Friedensvertrag all diese deutschen Werte im Auslande den Feinden zur Verfügung stellt. Dadurch wird, und dies ist für die Gestaltung unserer Währung wesentlich, ein großer Betrag fremder Währung, über den Deutsche zu verfügen gehabt hatten, uns entzogen. Andererseits wird aber eine weitere Entwertung der deutschen Währung künftig dadurch herbeigeführt, daß der Friedensvertrag in Artikel 296 und 297 unter den dort vorgesehenen Voraussetzungen die Umwandlung der deutschen Marktschulden in die Währung des beteiligten feindlichen Gläubigerlandes zum Vorkriegskurse anordnet. Dies gilt insbesondere gegenüber den feindlichen Staaten, die anstatt der Abrechnung zwischen den beteiligten Schuldnern und Gläubigern das sogenannte Ausgleichsverfahren, das ist die Abrechnung von Staat zu Staat, auch hinsichtlich der Schuldverbindlichkeiten von Privatpersonen wählen. Diese Wahl war seitens des be-

teiligten feindlichen Staates binnen Monatsfrist nach Ratifikation des Friedensvertrages vorzunehmen. Für das Ausgleichsverfahren haben sich bisher entschieden: England mit Kolonien, abgesehen von Ägypten und der Südafrikanischen Union, Frankreich, Italien, Belgien, Griechenland, Siam und Haiti. Die Folgen der vorerwähnten Umwandlung deutscher Marktschulden in fremde Währung sind für den deutschen Geldmarkt nahezu katastrophal und könnten von den deutschen Schuldnern, auch wenn sie noch so gut fundiert sind, nicht ertragen werden. Man bedenke, was es bedeutet, wenn ein deutscher Schuldner, der bei Kriegsausbruch 10 000 *M* einem Franzosen schuldete, diese 10 000 *M* in Francs zum Vorkriegskurse umwandeln und nun die betreffende Summe in französischer Währung zum jetzigen Kurse anschaffen muß. Es bewirkt dies, je nach dem Kurs, eine Vervielfachung der Schuldsumme, zu der dann noch die gleichfalls umzuwandelnden Zinsen hinzutreten. Bekanntlich hat das Deutsche Reich im Reichsausgleichsgesetz vom 24. April 1920 nach den dort angegebenen, im einzelnen sehr verwickelten Bestimmungen die sogenannte Valutadifferenz auf das Reich übernommen und übernehmen müssen, wenn nicht mit einem Schlage der ganze deutsche mit dem feindlichen Ausland in Verbindung stehende Handel hätte zahlungsunfähig gemacht werden sollen. Über die volkswirtschaftlich gleichfalls hochbedeutsame Frage, wie die Valutadifferenzen und die Währungsverschlechterung, die übrigens auch in den feindlichen Ländern zu beobachten ist, zur Vermeidung von großen Erschütterungen des Geldmarktes ausgeglichen werden können, sind schon während des Krieges in Deutschland die verschiedensten Verhandlungen aller beteiligten amtlichen, wissenschaftlichen und beruflichen Kreise gepflogen worden. Wie um die Wende des Jahrhunderts man die Juristen in solche teilen konnte, die über das Bürgerliche Gesetzbuch geschrieben hatten, und die dies nicht getan hatten, wobei behauptet wurde, die ersteren bildeten die Mehrzahl, so hat sich jetzt an dem Thema Valuta nahezu jeder versucht, der irgendwie mit den einschlägigen Fragen befaßt gewesen ist. Es ist daher eine nicht unberechtigte Ironie, wenn der bekannte Hamburger Bankier *Max Warburg* in einem vor einer Reichstagskommission in Hamburg gehaltenen Vortrag über die Valutafrage die etwas bissige Bemerkung machte, über Valuta spräche heute jeder, der noch vor dem Kriege das Wort Valuta für einen Mädchennamen gehalten hätte. Warburg selbst, der kraft seiner Kenntnisse und seiner ausgedehnten geschäftlichen Beziehungen, namentlich nach Amerika hin, für einen der ersten Sachverständigen in Währungsfragen gilt, hat seinerzeit den Vorschlag gemacht, die Valutadifferenzen sollten möglichst durch Valutakredite von Staat zu Staat etwa in der Weise ausgeglichen werden, daß die Staaten mit besserer Valuta denen mit schlechterer Beträge in ihrer Währung zur Verfügung stellten, die dann von dem leihenden Staat den beteiligten Kreisen des Handelsstandes zur Abdeckung ihrer Schulden gewährt und bei einem Erstarren der Wirtschaft zurückgezahlt werden könnten. Es kann dahingestellt bleiben, ob dieser in seiner Einfachheit beinahe genial anmutende Vorschlag durchzuführen gewesen wäre. Er war zugeschnitten mindestens auf einen sogenannten Verständigungsfrieden und kommt in der ursprünglich von Warburg gedachten Art kaum mehr in Frage. Immerhin basieren die Kredite, die Deutschland von Neutralen, vielleicht auch von bisher feindlichen Staaten gewährt werden sollen und, wenn man uns zahlungsfähig erhalten will, gewährt werden müssen, im Grunde doch wohl auf ähnlichen Ideen,

die bei der Finanzkonferenz in Brüssel wohl von neuem erörtert sein dürften. Das Hauptmittel zur Hebung unserer Währung bleibt aber nach wie vor die deutsche Arbeit, die vor allem in der industriellen Produktion jetzt drei Aufgaben zu lösen hat. Einmal der industriellen Bevölkerung, d. h. 43 % der deutschen Gesamtbevölkerung, Arbeit und damit Existenzmöglichkeit zu geben, dann die Bezahlung der aus dem Ausland einzuführenden Lebensmittel und Rohstoffe zu bewirken und ferner die Werte zu schaffen, die nach dem Friedensvertrag von Versailles unsere sogenannte Wiedergutmachung darstellen sollen. Dabei ist hervorzuheben, daß nach der vorher gekennzeichneten wirtschaftlichen Lage die deutsche Industrie in Zukunft wesentlich Veredelungsindustrie werden muß. Auch dies folgt aus dem verminderten Wert der deutschen Mark, denn die Industrie bezieht jetzt einen großen Teil ihrer Rohstoffe aus dem Ausland zu Kaufpreisen, die sich nach den Wechselkursen richten. Daher ist sie von den ausländischen Wechselkursen nur dann unabhängig, wenn sie das ganze, aus deutschen Rohstoffen hergestellte Produkt fertig dem Ausland verkaufen kann. Das wird in Zukunft weniger denn je der Fall sein. Erhält diese Industrie für die aus dem Ausland zu beziehenden Rohstoffe nun keine Kredite, so muß sie mit den Verkaufspreisen für die Ausfuhr der fertigen Fabrikate zunächst die eingeführten Rohmaterialien bezahlen, daher bleibt in solchem Falle für den Bedarf der deutschen Bevölkerung nur etwas übrig, wenn durch die Ausfuhr der hergestellten Fabrikate der Anschaffungspreis der Rohstoffe gedeckt ist. Es leuchtet ein, daß nur eine ungeheuer leistungsfähige Industrie gleichzeitig einen Vorrat von Fabrikaten herstellen kann, der durch die im Ausland erzielten Preise die Einfuhrkosten der Rohstoffe deckt und der dennoch ausreicht, um auch das Inland mit seinem gewaltig gesteigerten Bedarf an Waren aller Art einigermaßen auskömmlich zu versorgen. Die Leistungsfähigkeit der Industrie aber hängt wiederum ebenso von der Leistung der in ihr beschäftigten Arbeiter, wie von der genügenden Belieferung mit Kohlen ab. Die leider zur Regel gewordenen Streiks auf der einen Seite, die infolge des Abtretens der Kohlengebiete und der uns auferlegten Kohlenlieferungen immer schlechter werdende Belieferung mit Kohlen auf der anderen Seite, bedeuten eine Lahmlegung der Industrie, die sowohl die Ausfuhr ins Ausland, wie auch die Deckung des inneren Bedarfs wesentlich in Frage stellt. Um anschaulich zu machen, welche Summen zur Beschaffung der nötigen Rohstoffe erforderlich sind, mag erwähnt werden, daß allein die Beschaffung von Rohstoffen und Halbfabrikaten für die Textilindustrie bei deren voller Leistungsfähigkeit etwa $4\frac{1}{2}$ Milliarden Mark in Gold, das sind 45 Milliarden Papiermark, erfordern würde. Aus diesem Kapitalbedarf der Industrie erklärt sich auch die erhebliche Vermehrung des Industriekapitals, die zum großen Teil durch Herausgabe neuer Aktien sowie von Industrieobligationen gedeckt wird. Dies im Zusammenhang mit der Steuer- und Gesetzgebung, sowie der Neigung des Auslandes, für infolge des Währungsunterschiedes verhältnismäßig billiges Geld gute deutsche Papiere zu erwerben, ist der Hauptgrund für die jetzt zu beobachtende außerordentliche Prosperität der deutschen Banken, die kaum Räume und Personal genug finden können, um ihre Geschäfte zu erledigen. Dabei soll aber nicht verschwiegen werden, daß infolge der allgemeinen Preissteigerung, insbesondere aber der Lohnbewegung im Bankgewerbe das Unkostenkonto mancher Banken einen Betrag erreicht hat, der bei einem Rückgang der

Gewinne die liquiden Mittel der Banken immerhin nicht unerheblich beanspruchen kann.

Wenn, wie erwähnt, bereits vor dem Kriege die deutsche Einfuhr die deutsche Ausfuhr an Umfang und Wert überstieg, dagegen aus den angeführten Gründen die deutsche Zahlungsbilanz trotzdem aktiv war, d. h. Deutschland vom Ausland mehr zu fordern hatte als es ihm schuldete, so wird in Zukunft sowohl Handels- wie Zahlungsbilanz passiv sein. Dabei ist nicht zu vergessen, daß schon jetzt Deutschland dem Ausland ohne Vorkriegsverbindlichkeiten etwa 50 Milliarden Mark schuldet. In der Denkschrift der Reichsregierung über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, die in Spa vorgelegt worden ist, und der wie dem sonst für Spa verwendeten Material die tatsächlichen Angaben dieser Darstellung im wesentlichen entnommen, während die übrigen Ausführungen lediglich die persönlichen Ansichten des Verfassers und nicht etwa amtlichen Charakters sind, wird der Wert der künftigen deutschen Ausfuhr auf 35 bis 40 Milliarden Mark Papler angenommen, während der Wert der unumgänglich nötigen einzuführenden Lebensmittel und Rohstoffe auf 80 Milliarden Mark beziffert wird. Dadurch, daß für die Eisen- und Stahlindustrie die wichtigsten Produktionsstätten in Deutschland verloren sind und in großem Maßstabe Eisenerz eingeführt werden muß, erwächst der Zwang, vor allem die hieraus hergestellten Fabrikate vorwiegend ins Ausland zu exportieren. Denn eine Aktivität der Handelsbilanz kann hier nur dann eintreten, wenn der Wert der ausgeführten, in Deutschland fertiggestellten Waren den Wert des eingeführten Rohstoffes übersteigt, aus dem jene Waren gefertigt wurden. Dabei läuft der Fabrikant, wenn er die benötigten Rohstoffe auf eigene Kosten einführt, ein nicht unerhebliches Risiko insofern, als jede Hebung der deutschen Währung den Wert der bereits bezahlten Rohstoffe, gleichzeitig aber die Ausfuhrmöglichkeit ins Ausland herabmindert. Wirkt doch, wie wir gerade in der letzten Zeit erfahren haben, eine sinkende Valuta als Ausfuhrprämie, eine steigende als Ausfuhrzoll. Man hat diesem auf dem Valutaunterschied aufgebauten Mißstand dadurch zu begegnen gesucht, daß die sogenannte Veredelung, d. h. die Bearbeitung des aus dem Auslande eingeführten Rohstoffes in Deutschland für Rechnung des bestellenden Ausländers betrieben wird. Hierdurch wird aber die so arbeitende Industrie noch mehr vom Ausland abhängig und ihm gegenüber geradezu in die Rolle einer unselbständigen Lohnindustrie herabgedrückt, eine Art nationaler Heimarbeit zugunsten fremder Industrien. Auch das entspricht natürlich nicht den berechtigten Interessen des deutschen Wirtschaftslebens. So bleibt, wie bereits angedeutet, nur die möglichste Hebung der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie. Sie läßt sich nicht auf einmal erreichen, es bedarf dazu einer nachhaltigen Kräftigung des Gesundheits- und Ernährungszustandes der arbeitenden Bevölkerung, einer Deckung des Inlandsbedarfes an Waren, insbesondere soweit sie für die unmittelbare Lebenshaltung wesentlich sind, und vor allem der nötigen Rohstoffe, um die volle Aufnahme der industriellen Arbeit erst einmal zu ermöglichen. Alle diese Voraussetzungen, die bisher nicht vorhanden sind, nimmt der Friedensvertrag von Versailles als gegeben an, wenn er von 1926 an eine regelmäßige Jahreszahlung von 2,4 Milliarden Mark Gold festsetzt. Es ergibt sich dies daraus, daß ein den Wert der Einfuhr übersteigender Überschuß eine Ausfuhr von Waren im Wert der

obengenannten Summe 25 bis 30 % der Gesamtausfuhr ausmachen würde. Daß dies nicht der Fall sein kann, folgt aus den vorgetragenen Umständen ebenso wie aus der Bestimmung des Friedensvertrages, nach der Deutschland nach Inkrafttreten jenes Vertrages selbst nirgends die Meistbegünstigung für seinen Handel erhält, sie aber wohl den Feinden von vornherein zu gewähren hat.

Ist so das deutsche Wirtschaftsleben aus sich heraus nach der durch den Friedensvertrag von Versailles geschaffenen Lage nicht imstande, gleichzeitig die ihm für das eigene Volk obliegenden Aufgaben zu lösen und dabei doch die Verpflichtungen gegenüber unseren Feinden zu erfüllen, so wird daran auch durch das Anziehen der Steuerschraube, wie unsere Feinde vielfach zu glauben scheinen, nichts Wesentliches geändert. Es würde zu weit führen, hier im einzelnen auf die Ansprüche einzugehen, die Deutschland zu befriedigen hat, um den Anforderungen des eigenen Landes auch nur einigermaßen gerecht zu werden. Nur darauf soll in diesem Zusammenhang hingewiesen werden, daß seit dem Waffenstillstand und der inneren Umwälzung das Heer der Beamten nahezu ins Uferlose vermehrt ist und die Verwaltungskosten auf das Vielfache der früher in erheblich besseren Zeiten benötigten Summe gestiegen sind. Erwähnt wurde bereits der Papiergeldumlauf, der in Reichsbanknoten, Privatbanknoten, Reichs- und Darlehnskassenscheinen am 23. April 1920 auf 60,3 Milliarden gestiegen war. Bei Ablauf der ersten Oktoberwoche dieses Jahres betrug der Notenumlauf 62 078,5, der an Darlehnskassenscheinen 13 360,7 Millionen Mark. Die fundierten Schulden des Reiches betrugen am 31. März 1920 92 Milliarden Mark, die schwebende Schuld belief sich auf 105 Milliarden Mark, insgesamt 197 Milliarden Mark. Am Schluß des Monats Juni war die Gesamtschuld bereits auf 215 Milliarden, Mitte September 1920 auf 242,7 Milliarden Mark gestiegen. Weder können zur Zeit die schwebenden Schulden zurückgezahlt, noch in fundierte Schulden verwandelt werden. Die Sparkraft des Volkes würde dies nicht zulassen, da die völlige Entziehung des Kapitals jedes Erwerbsleben vernichten würde. Der laufende Steuerbedarf, der ordentliche Bedarf des Reiches von 1920 an laufenden Ausgaben, war zunächst auf 32,3 Milliarden Mark berechnet worden, eine Summe, der mindestens 8 Milliarden Mark für die Länder und Gemeinden hinzutreten. Dieser laufende Steuerbedarf von 32 Milliarden Mark bringt für den Kopf der Bevölkerung eine Belastung von 533 M. Die bewilligten mit den bisherigen Steuern waren auf einen Ertrag von 30 Milliarden 950 Millionen Mark veranschlagt, so daß also auch da noch ein Fehlbetrag von mehr als 1 Milliarde Mark bleibt. Nun treten aber zu dem vorbezeichneten Bedarf noch einmalige Ausgaben aus dem ordentlichen Etat, die für 1920 vom Reich ursprünglich auf etwa 4 Milliarden angenommen sind. Dazu kommt noch der außerordentliche Etat mit Ausgaben in Höhe von 39,7 und Einnahmen von 2 Milliarden Mark. Hierbei ist der Fehlbetrag der Eisenbahn mit voraussichtlich über 16 Milliarden Mark und der Post mit 2 Milliarden Mark noch nicht in Anschlag gebracht. Der Gesamtfehlbetrag beläuft sich also auf mindestens $1 + 37,7 + 18 = 56,7$ Milliarden Mark. Dies gilt für die Zeit Ende September 1920. Seither dürfte sich die Belastung des Reiches nicht unerheblich verstärkt haben. Hieraus dürfte zu folgern sein, daß, zumal die Steuern voraussichtlich unregelmäßig und spät eingehen werden, das Gesamtdefizit zwar auch nicht annähernd genau errechnet werden, aber immerhin als so hoch angenommen werden kann, daß von einer Ver-

wendung zu Zwecken der Entschädigung von Reichsangehörigen (geschätzt auf 131 Milliarden Mark) und der Wiedergutmachung gegenüber den Feinden kaum die Rede sein dürfte. Im einzelnen sollten im Jahr 1920 eingenommen werden für die Reichskasse

aus dem Reichsnotopfer	2 Milliarden	250 Millionen Mark	
aus der Einkommensteuer	2 "	100 "	"
aus der Kapitalsteuer	1300 "	"	"
aus der Körperschaftsteuer	300 "	"	"
aus der Erbschaftsteuer	496 "	"	"
aus der Besitzsteuer	100 "	"	"

im ganzen mithin $6\frac{1}{2}$ Milliarden Mark. Außer diesen Steuern waren im Voranschlag für 1920 3 Milliarden Mark eingestellt aus der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, aus Stempel- und Verkehrssteuern 1030 Millionen Mark und aus der Umsatzsteuer 3102 Millionen Mark. Aus Verbrauchssteuern, Zöllen und Monopolen glaubte man auf einen Gesamtertrag von 9087 Millionen Mark rechnen zu dürfen, aus Zöllen auf eine Einnahme von 2,5 Milliarden Mark, aus der Tabaksteuer wollte man 1 Milliarde verinnahmen und aus der Weinststeuer 250 Millionen Mark. So erhoffte man aus den laufenden direkten und den Verkehrssteuern 10,88 Milliarden Mark, aus einmaligen direkten Steuern 3 Milliarden Mark, aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Monopoleinnahmen 9,1 Milliarden Mark, zusammen also 22,98 Milliarden Mark. Dazu treten noch 1 Milliarde Mark aus Ausfuhrabgaben und 950 Millionen Mark aus dem Bankwesen, sowie an noch nicht bewilligten neuen Steuern 2922 Millionen Mark. Es bedarf kaum einer Ausführung, daß eine weitere steuerliche Belastung unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen auf absehbare Zeit kaum möglich, aber ebenso kaum abwendbar ist. Die Vermehrung oder Erhöhung der direkten Steuer würde die jetzt schon begonnene Konfiskation des Kapitals vollenden und damit jede produktive Tätigkeit völlig lähmen. Die Bewilligung weiterer indirekter Steuern ist in einer Demokratie schon aus politischen Gründen ausgeschlossen, würde aber auch wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen sein, weil sie die Kosten der Lebenshaltung der Massen noch erhöhen und damit das Reich voraussichtlich zu neuen Ausgaben zwingen würde. Hat die Regierung doch in der Zeit vom Juli 1919 bis Ende Juni 1920 fast 10 Milliarden Mark, das sind 160 M auf den Kopf der Bevölkerung, zwecks Verbilligung ausländischer Lebensmittel zur Verfügung stellen müssen. Gleichfalls mindestens 10 Milliarden Mark werden jetzt für die nächsten Monate zur Ermöglichung der Einfuhr ausländischer Lebensmittel aufzuwenden sein, wenn wir vor dem Verhungern geschützt sein sollen. Aus dieser finanziellen Not des Reiches den Ausweg des Staatsbankrotts zu wählen, mag einfach erscheinen, ist aber schon um deswillen unmöglich, weil dann, abgesehen von der Vernichtung unseres Kredits nach außen, im Innern der völlige Zusammenbruch des gesamten wirtschaftlichen Lebens und als Folge davon die Anarchie eintreten würde. Es ergibt sich dies schon daraus, daß, wie bekannt, die deutschen Kriegsanleihen im Ausland kaum, im Inland dagegen in allen, und zwar auch in den ärmeren Schichten der deutschen Bevölkerung weit verbreitet sind.

Nimmt man nun zu den Lasten, die dem Reich schon aus seinen eigenen Ausgaben in der Verwaltung überhaupt im Innern erwachsen, die Riesensummen ein-

schließlich der sogenannten Wiedergutmachung, die ohne bisherige Begrenzung nach oben der Friedensvertrag in all seinen Auswirkungen von ihm fordert — man denke nur an die Kosten der feindlichen Besetzung! —, so kommt man zu Beträgen, die sich jeder Berechnung entziehen und mit deren wirklicher Beschaffung und Eintreibung nicht ernstlich gerechnet werden kann. Infolgedessen dürfte es Aufgabe der deutschen Regierung sein, bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Festsetzung einer Pauschalsumme als Kriegsentschädigung, die in Genf, Brüssel oder Paris vor sich gehen sollen, in noch intensiverem Maßstabe, als dies in Spa geschehen ist, die wirtschaftliche Lage Deutschlands wie den Stand seiner Finanzen klarzulegen und alle über die Kräfte des Reiches hinausgehenden finanziellen Forderungen entschieden zurückzuweisen. Zum Wiederaufbau ebenso der deutschen Finanzkraft wie des deutschen Wirtschaftslebens, die sich beide gegenseitig bedingen, gehört von seiten der Feinde eine Schonung, die in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn sie überhaupt in absehbarer Zeit weitere Leistungen von Deutschland erreichen wollen. Es gehört von seiten des deutschen Volkes dazu ein Sichbefinnen in allen Kreisen der Bevölkerung. Die Arbeiterschaft, die durch die politische Entwicklung die herrschende Klasse geworden ist, muß sich vergegenwärtigen, daß Herrschaft nicht nur Rechte gibt, sondern auch Pflichten und Verantwortung aufbürdet. Sie muß vor allen Dingen lernen, anstatt der schrankenlosen Befriedigung der eigenen Bedürfnisse sich als Glied des Großen und Ganzen zu fühlen und die von ihr veranlaßte Umwälzung nicht dauernd zu immer erneutem Lohnkampf herabzuwürdigen. Das deutsche Bürgertum, dessen Feigheit und Fatalismus nach oben wie nach unten an dem Niederbruch Deutschlands wesentlich mit schuld ist, wird, wenn es sich und sein Volk vor völligem Untergang bewahren will, die Mahnung Goethes beherzigen müssen:

Allen Gewalten
Zum Trutz sich erhalten,
Nimmer sich beugen,
Kräftig sich zeigen,
Rufet die Arme der Götter herbei.

So ist Deutschland nicht zu retten, die deutsche Wirtschaft nicht wieder aufzubauen, ohne eine Änderung der psychischen Verfassung des deutschen Volkes. Es ist der Geist, der sich den Körper baut. Die deutsche Seele, die deutsche Volksseele ist krank. Alle, die geistige Führer sind, müssen daran arbeiten, daß die deutsche Volksseele gesunde. Hier erwächst vor allem der Kirche und ihren Dienern eine gewaltige nationale und soziale Aufgabe. Bismarck hat einmal gesagt: „Nach 1806 war Deutschland in Preußens Pfarrhäusern“. Die evangelische Kirche ist im politischen Leben von jeher nie, im sozialen wenig hervorgetreten. Das entspricht ihrer Eigenart und ihrer Aufgabe, die nicht auf diesseitige Dinge eingestellt ist. Aber in einer Not des Volkes und Vaterlandes, wo es sich auch in geistiger und geistlicher Beziehung um die letzten und höchsten Dinge handelt, kann die evangelische Kirche durch ihre Diener und Gemeinden ein Sauerteig werden, der die Genesung des deutschen Geistes und die Erlösung aus den Nöten dieser Zeiten mit herbeiführen hilft.

Man hat gesagt, ein Volk von 60 Millionen könne nicht sterben. Das ist nur dann richtig, wenn dieses Volk sich nicht selbst aufgibt. Im inneren Kampf

aller gegen alle, wie er jetzt tobt, ist weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Gebiet eine Genesung möglich. Noch dürfen wir hoffen, daß die Gegenwart nur ein Übergangsstadium ist, daß sich unser Volk wieder aufrassen und Eichendorffs Worte wahr machen wird:

Und wo immer müde Kechter
Sinken im mutigen Strauß,
Es kommen frische Geschlechter
Und fechten es ehrlich aus.

Gott hat uns vor anderen Gaben verliehen, die zur Erreichung der höchsten Ziele im Völkerverleben befähigen. Jetzt kommt es vor allem darauf an, die edlen Eigenschaften unseres Volksscharakters wieder zu entwickeln und in einmütigem Zusammenstehen das Gute aus der alten mit dem Berechtigten aus der neuen Zeit auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet in harter, aber fruchtbringender Arbeit an uns und unserem Volke zu vereinigen und zu läutern. Dann werden unsere Kinder und Enkel künftig vielleicht doch einmal in Erfüllung gehen sehen, was in seinem eingangs erwähnten Gedicht des Dichters Sehergabe prophetisch verheißt:

„Herr Gott im Himmel, welche Wunderblume
Wird einst vor allen dieses Deutschland sein!“



Bürokraten-Briefe*)

Von Unterstaatssekretär a. D. Freiherr v. Falkenhäusen

III. Literaten-Politik; die Politik der unbegrenzten Unmöglichkeiten

Lassen wir die Zukunft! Ob meine Voraussage über das Zurückbleiben des politischen Interesses und der demokratischen Hochflut eintritt oder nicht, wird schwerlich einer von uns beiden festzustellen Gelegenheit haben. So rasch wird auch nach meiner Überzeugung der Rückschlag kaum wirksam werden. Aber eine Unterhaltung wie die unsrige ist schließlich keine Parlamentsdebatte, in der nur Fragen von heute und morgen Beachtung und Gehör finden. Es lohnt sich immerhin, den Lauf der Dinge auch einmal aus weiterem Abstände zu betrachten. Wer sich des Abstandes bewußt bleibt, verfällt dadurch noch nicht der Weitsichtigkeit, vor der Bismarck in dem neulich von mir erwähnten Briefe warnt.

Freilich, über solche Ausblicke zu streiten, ist unfruchtbar. Lassen Sie mich lieber das Mißverständnis aufklären, das meine abfällige Bemerkung über die „Vergeistigung“ der Politik und ihre unerfreulichen Folgen verschuldet hat. Sie wundern sich bei mir über diese Scheu vor dem Geiste und fragen, ob ich eine Scheidewand zwischen der Politik und dem geistigen Leben der Zeit aufrichten wollte. Wenn

*) Nachstehende „Bürokraten-Briefe“ des bekannten Verfassers stammen aus dem Winter 1919/20. Siehe auch „Grenzboten“, Hefte 44/45 und 46.